

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

14 (9.1.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.
Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Wöchentlich 1 Nummer „Karlsruher Unterhaltungsblatt“ mit Illustrationen.
Weitens größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Albert Herzog.
Verantwortlich für allem. Politik
und Redaktion: Anton Rudolph,
für badische Politik, Lokales, bad.
Chronik und den allgemeinen Teil:
F. B. Anton Rudolph, für den Anzei-
genteil A. Rinderspacher (Amtl.) in
Karlsruhe i. B.
Berliner Vertriebung Berlin W 10.
Anzeigen:
Die Spalten, Solonelle 30 Sp.
die Zeilen 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
an 1. Stelle 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
außerdem ab 1. Dezember 1917
10 % Zeitungserhöhung.
Bei Mitteilungen über den Anzei-
genteil A. Rinderspacher, bei ge-
richtlichen Verfügungen und bei
anderer Kraft tritt.
Postfach-Num. Karlsruhe Nr. 8859.

Bezugs-Preise:
Ausg. A ohne „Nacht. Weltkriege“
Ausg. B mit „Nacht. Weltkriege“
In Karlsruhe: Ausgabe A B
monatlich
Im Verlage abgeholt 1.12 1.32
in d. Zweigstellen 1.17 1.37
frei ins Haus ge-
liefert 1.25 1.45
Aufwärts: bei Ab-
holung a. Postschalter 1.12 1.32
Durch d. Briefträger
tägl. 2mal ins Haus 1.36 1.57
Einzel-Nummer . . . 10 Pf.
Geschäftsstelle:
Kaiser- und Poststr., Ecke, nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Brieft. od. Tel.-Nr. laute nicht
auf Namen, sondern:
Bad. Presse Karlsruhe.

Nr. 14. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 88. Karlsruhe, Mittwoch den 9. Januar 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Erfolgreiche englische Erkundungsvorstöße. —
Starke französische Angriffe bei Airey ge-
scheitert.

WTB. Großes Hauptquartier, 9. Jan. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Unter starkem Feuer haben englische Erkundungs-
abteilungen gegen den Südrand des Houthouster-
Waldes vor. Einige Kompanien griffen an der Bahn
Boesinghe-Staden an. An keiner Stelle konnte der
Feind unsere Linien erreichen; in unserem Feuer hatte er
schwere Verluste.

Weiterer von Lens lebhafter Artillerietätigkeit.
Deshalb von Bullecourt fanden mehrfach Handgran-
atenkämpfe um kleine Grabenposten statt.
Westlich von Airey brachen die Franzosen am
Nachmittag nach heftiger Feuerwirkung in 4 Kilometer Breite
zu starken Angriffen vor. An einzelnen Stellen drang
der Feind in unsere Postenlinie. Ein Versuch, über sie hinaus
Boden zu gewinnen, scheiterte. Unsere Gegenstöße warfen
den Feind im Laufe der Nacht überall in seine Ausgangs-
stellungen zurück.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.

Wazedonische und Italienische Front
Die Lage ist unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ereignisse zur See.

Silberleistung eines holländischen Rettungs-
schiffes.

WTB. Emden, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Bei starkem Schneeeis-
treiben gerieten in der Eisumhüllung zwei Fischdampfer auf Grund.
Bei der Rettung der Schiffmannschaften beteiligte sich neben an-
deren Besatzungen unserer Kriegsschiffe und Rettungsboote in her-
vorragender Weise die Besatzung des holländischen Motorrettungs-
bootes von Rotterdam. Das holländische Motorboot war funktions-
fähig über Scherengängen vom Sperkommandanten Vorlum an-
gefordert worden, weil es die einzige Möglichkeit bot, die Mann-
schaft zu bergen. Der Kommandant und der Sperkommandant von
Vorlum haben dem Kommandanten von Rotterdam folgende
Gedächtnis: „Für die liebenswürdige Gefährdung des Rettungsbootes
und dessen hervorragende erfolgreiche seemannische Leistung sprechen
wir unseren herzlichsten Dank aus.“

Kein Mittel gegen die U-Boote.

o Basel, 9. Jan. (Privat.) Der „Basl. Anzeiger“ be-
richtet aus Rom: Unter dem auffehrenderen Titel „Es gibt
kein Mittel gegen den Unterseebootkrieg“ veröffentlicht die
„Italia“ die Liste von 18 englischen Schiffen von über 1500 Ton-
nen, die während der letzten Woche von deutschen U-Booten
versenkt wurden. (g. R.)

Weitere U-Boot-Erfolge.

WTB. Berlin, 9. Jan. (Amtlich.) Im Atlantischen
Ozean und im Mittelmeer sind kürzlich von unseren U-Booten
auf Dampfer und ein Segler versenkt worden.
Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und
führten im Geleitzug.

Einem unserer U-Boote gelang es durch zähes Festhalten
und geschicktes Manövrieren aus ein und demselben Geleitzug
drei schwer beladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen be-
fanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard“
(3682 Tonnen) mit Kohlen nach Gibraltar und „Bristol“
(2511 Tonnen) mit Stützgut, hauptsächlich Chemikalien,
die nach New York bestimmt waren und nach Angabe der Be-
satzung einen Wert von etwa 40 Millionen Mark hatten. Der
Segler war ein Vollschiff von annähernd 2000 Tonnen Größe.
Der Chef des Admiralsstabes.

WTB. Berlin, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Die Versenkung
des Dampfers „Bernard“ lenkt die Aufmerksamkeit auf den
durch unseren U-Boot-Krieg gründlich zerrütteten englischen
Kohlenhandel. „Die Kohle“, sagte Lloyd George im Jahre
1915 in seiner Pariser Rede an die Walliser Bergleute, „ist
das Lebensblut der Nation.“ Mit der Kohlenausfuhr bezahlte
England einst einen großen Teil seiner Einfuhrschulden. Jetzt
erhält es im Kohlenüberflut, weil ihm Schiffe fehlen zum
Transport über See. Selbst im Inland können die Eisenbah-
nen, die durch Einschränkung der Küstenschiffahrt gewaltig an
geschwollenen Verkehrsbedürfnisse nicht mehr stillen. Die
schwarzen Schiffe häufen sich auf den Gruben, bedecken dort auf
den Preis, zwingen zur Einschränkung der Produktion und zur
Arbeitslosigkeit, entwerten den Betrieb. Erst kürzlich mußten
2000 Arbeiter auf einer einzigen Grube entlassen werden.

Andererseits steigt die Kohlennot der Welt. In Frankreich
werden die Theater nicht mehr geheizt. In New York herrscht
abends auf den Straßen Dunkelheit. In Italien mußten die
Eisenbahnen und sogar wichtige Kriegsbetriebe sich einschränken
bis unter die Grenze des Zulässigen. Dieselbe Kohle, die in
England 30 Mark die Tonne kostet, schnellte dort in den letzten
Tagen im Schleichhandel auf 500 bis 600 Mark im Breite
empor. Die Kohlennot ist eine der Klippen, an der das
Ententenschiff zerbrechen wird.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Eine Petersburger Mitteilung über den
Plan der Entente.

— Berlin, 8. Jan. Ein Funkpruch aus Petersburg vom
6. Januar 1918, 9.40 vormittags „An Alle“ besagt:
„Lloyd George äußerte sich in dem Sinne, daß Rußland
erst seine Grenzen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn fest-
legen müsse, ehe von Verhandlungen über den allgemeinen
Frieden die Rede sein kann. Die Publizisten der Ententeländer
weisen mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit darauf hin,
daß es für die Alliierten vorteilhafter sein werde, Friedens-
verhandlungen ohne Rußland zu führen, da Rußland sich jetzt
an den allgemeinen Unternehmungen nur mehr mit negativem
Kapital beteilige.“

„Wenn in diesen Äußerungen ein Umschwung zu verzeich-
nen ist, so nur nach der Seite größerer Aufrichtigkeit. Die
Alliierten halten es für vorteilhafter, den Deutschen die Ab-
rechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutsch-
land soll sich auf der Linie des geringsten Widerstandes, auf
Kosten Rußlands entschließen. Je größer diese Entschädigung
im Osten ausfällt, umso leichter wird es dann den alliierten
Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Westen zu einigen.“
„Selbstverständlich könnten die Alliierten die gleichen Re-
sultate auch auf dem Wege eines allgemeinen Friedens erzielen.
In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten
Polen, Litauen und Rumänien bewußt verraten und diese
Länder als Währung zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutsch-
land benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel
bequemeren Weg, Rußland zu einem Sonderfrieden zu veran-
lassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Bette, Litauen
und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Verge-
wältigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung dafür
vor ihren eigenen Wählern abzulehnen.“ — Dies der Plan der
Entente. . . .

Die polnische Vertretung in Brest-Litowsk.

L. U. Berlin, 9. Jan. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, ist
in der Frage, ob einige der in Berlin weilenden Mitglieder
des polnischen Regentenschafterates sich nach Brest-Litowsk be-
geben und dort an den Friedensverhandlungen teilnehmen
werden, eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen wor-
den. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß diese Frage in der
einen oder anderen Form in bejahendem Sinne gelöst werden
wird, falls sich die Unannehmlichkeit der polnischen Vertreter in
Brest-Litowsk als wünschenswert erweisen sollte.

Aus dem neuen Rußland.

o Bern, 9. Jan. (Privat.) Der russische Mitarbeiter
des „Sun“ meldet: Anstelle des abgelehnten Infanterie-
generals Balujew ist zum Oberkommandierenden der russischen
Westfront der Oberleutnant Kamentchikow ernannt worden,
der bisher Kommandant eines turkestanischen Schützenregi-
ments war. (g. R.)

Kerensti.

o Zürich, 9. Jan. (Privat.) Laut „Zürch. Post“ meldet
„Petit Parisien“ aus Petersburg, Kerensti kündigte in einem
in Petersburg eingetroffenen Briefe an, er werde der National-
versammlung über seine Politik seit seinem Eintritt ins Justiz-
ministerium Bericht erstatten. (g. R.)

Buchanan und Henderson.

L. U. Genf, 9. Jan. Sir George Buchanan hatte am Sams-
tag, wie gemeldet wird, Petersburg noch nicht verlassen. Er
erklärte an diesem Tage dem Korrespondenten der „Agence
Radio“, er habe auf keinen Fall die Absicht, seinen Posten auf-
zugeben. Obwohl für die Alliierten die Lage in Petersburg
ziemlich schwierig werden dürfte, würde er einen offenen Bruch
mit den Maximalisten doch für einen großen Fehler halten.
Wir müssen hier bleiben, sagte er, und wenn auch bloß unsere
Gegenwart die Feinde hindert, aus Rußland eine deutsche Kol-
onie zu machen. (Mgpf.)

L. U. Kopenhagen, 9. Jan. Wenn in der Tat als Bucha-
nans Nachfolger der englische Arbeiterführer Henderson nach
Petersburg als Botschafter ginge, so würde das für Lloyd
George eine willkommene Kaltestellung Hendersons bedeuten,
dessen Friedenspropaganda keinem Imperialismus und damit
seinem ganzen Kabinett dauernd gefährlicher wird. (Woff. Jg.)

Aus Finnland.

Schweden und Finnland.

WTB. Stockholm, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Swensta Tele-
gram-Byran. Der schwedische Generalkonsul in Jänland,

Wiström, ist zum vorläufigen Gesandten ernannt worden. Er
ist das erste Mitglied des zukünftigen diplomatischen Korps in
Finnland.

WTB. Kopenhagen, 9. Jan. (Nicht amtlich.) „National
Tidende“ meldet aus Stockholm: Die „Minerva“ ist als erster
Dampfer aus dem finnischen Hafen Udd mit 35 Tonnen Maschi-
nenöl hier eingetroffen. Damit ist zum erstenmal seit Kriegs-
ausbruch eine regelmäßige Passagierdampfer-Verbindung zwi-
schen Schweden und Finnland eröffnet. Der neue Eisbrecher
„Heimdol“ geht am 12. Januar mit Reisenden und Ladung nach
Finnland ab.

Der Krieg mit Italien.

Kampfpause an der italienischen Front.

L. U. Lugano, 9. Jan. (B. L. A.) Die starke Kälte und
die starken Schneefälle haben an der italienischen Kampffront
zwischen Triest und Trieste eine Kampfpause eintreten lassen,
die voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, da der Fel-
senweise mehrere Meter hohe Schnee alle Unternehmungen der
Front dort dicht gegenüber stehenden Heere unmöglich macht.
Nur das Geschützfeuer dauert ununterbrochen fort. Hinter der
Front finden starke Umgruppierungen statt. Truppenkörper,
die während der letzten Kämpfe stark gestärkt haben, werden
aus der Front zurückgezogen und vielleicht durch französische
und englische Truppen ersetzt.

Frankreich und der Krieg.

WTB. Paris, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Havas. Der fran-
zösische General Uge ist an der italienischen Front gefallen.
o Basel, 9. Jan. (Privat.) Laut „Basl. Anzeiger“ meldet
Havas aus Paris: Der Divisionsgeneral Grossetti, ehemaliger
Kommandant der 48. französischen Infanteriedivision und
Exkommandant der französischen Orientarmee, ist gestorben. g. R.

Wiederzusammentritt des französischen Parlaments.

WTB. Paris, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Havas. Kammer und
Senat haben gestern die Sitzungen wieder aufgenommen. Die Ultra-
präsidenten hielten bewegte Ansprachen, in denen sie die Alliierten
Gefahr drohenden verlangten. Sie führten die Worte Lloyd Georges
an, der als Dolmetscher des Gewissens der Menschheit erklärt habe,
daß England die französische Demokratie in ihrer Forderung nach
einer Heberhebung des großen im Jahre 1871 begangenen Unrechtes
bis in den Tod unterstützen werde. Schließlich richteten die Ultra-
präsidenten an die Kammer die Aufforderung, den Vorfrieden zu
wahren. In der Deputiertenkammer wurde Beschlüsse zum Präsi-
den und die vier abtretenden Vizepräsidenten wiedergewählt. Dazu
verlangte sich die Deputiertenkammer bis zum nächsten Donnerstag.
Im Senat wurde Imbott zum Präsidenten gewählt.

Aus der Schweiz.

Eine schweizerische Protestnote an Frankreich.

WTB. Bern, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Amtliche Meldung.
Da die Untersuchung betreffs der über Kalnach abgeworfene
Bomben ergab, daß es sich um Sprengstoffe gleicher Art handelt
wie diejenigen von Bruntrut, Muttenz und Menziken, wurde
die Schweizer Gesandtschaft in Frankreich beauftragt, der fran-
zösischen Regierung eine Note zu überreichen, worin nachdrück-
lich und in aller Form gegen derartige Handlungen protestiert
wird und die kategorisch auf vollständige Unterdrückung solcher
Verletzungen des Schweizer Gebietes sowie auf Bestrafung der
Schuldigen dringt.

England und der Krieg.

Die englische Arbeiterkraft gegen Lloyd
George.

Sch. Rotterdam, 9. Jan. (Privat.) „Daily Mail“
meldet: Die Erklärung Lloyd Georges an die Ge-
werkschaften wurde nach einer mehrstündigen Sitzung
des Gesamtministeriums und in Übereinstimmung
mit den Alliierten abgegeben. Um so unbegreiflicher
sei die referierte Stellungnahme der eng-
lischen Arbeiterkraft zu Lloyd Georges
Rede. (g. R.)

Sch. Rotterdam, 9. Jan. (Privat.) Die Londoner
„Morning Post“ meldet: Die erste englische Gewerkschaftsver-
sammlung nach der Rede Lloyd Georges, die Tagung des
Liverpooler Hafenarbeiter, sprach sich in einer
Resolution gegen die Kriegsziele Lloyd
Georges aus. (g. R.)

Sturz des australischen Ministeriums Hughes.

Melbourne (Australien), 6. Jan. Das Kabinett
Hughes hat infolge der Niederlage bei der Volksabstimmung
über die Dienstpflicht abgedankt. Der Arbeiterführer Tadar
ist mit der Bildung des Ministeriums beauftragt worden.

Heimkehr der ersten deutschen Auslands- gefangenen aus England.

WTB. Rotterdam, 9. Jan. (Nicht amtlich.) Der erste Fran-
zose der deutschen Austauschgefangenen aus Eng-
land auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 kehrt wahrschei-
nlich Ende dieser Woche in Holland ein. Unter ihnen wird
sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden“,
Fregattenkapitän Raaf v. Miller befinden.

Aus Spanien.

Zur Lage im Innern.

L.A. Genf, 9. Jan. Die Madrider Blätter hatten eine Ministerkrise für sehr wahrscheinlich. Eine Anzahl Kabinettsmitglieder, namentlich der Transportminister Zanera, würden schon in den nächsten Tagen ihren Abschied nehmen.

Die Barcelonener Polizei verhaftete zwei Anarchisten, die in einer Strafe eine Bombe geworfen hatten. (Voss. Ztg.)

Badischer Landtag.

6. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

cc. Karlsruhe, 9. Jan. Präsident Dr. Zehnter eröffnet um 12.20 Uhr die Sitzung. Am Ministerisch das Gesamtministerium: Staatsminister Dr. Frhr. von Bodman, die Minister Dr. Rheinboldt, Dr. Hüßlich und Dr. Düringer.

Präsident Dr. Zehnter: Ich wünsche allen Mitgliedern des Hauses ein glückliches neues Jahr. Seit unserer letzten Sitzung sind wichtige Veränderungen im Staatsministerium vor sich gegangen. Staatsminister Dr. Frhr. von Bodman hat in 40jähriger Dienstzeit dem badischen Staate, vor allem auf dem Gebiete der Justiz, des Kultus und der Schule große Dienste geleistet. Wir danken ihm herzlich dafür und wünschen, daß ihm in Heidelberg, wohin er im Frühjahr seinen Wohnsitz zu verlegen gedenkt, ein angenehmer Lebensabend beschieden sein möge.

Staatsminister Dr. Frhr. von Bodman

dankt herzlich für die von dem Präsidenten dem aus dem Amte geschiedenen Staatsminister Frhr. von Dusch gewidmeten Worte der Anerkennung und des Dankes und dankt für die Worte der Begrüßung, die der Präsident an ihn gerichtet hat und für die Zustimmung, die diese Worte in der Mitte des Hauses auf allen Seiten gefunden haben.

Staatsminister v. Bodman führte dann des weiteren ungefähr folgendes aus:

Wenn ich heute zum erstenmal als Staatsminister vor Sie trete, so werden Sie wohl von mir etwas hören wollen über meine Ansichten und Absichten, die auch die Ansichten und Absichten meiner Kollegen sind, mit denen ich mich in voller Uebereinstimmung befinde. Ich trete nicht als ein Neuling vor Sie hin. Zehn Jahre habe ich mit Ihnen als Minister des Innern zusammen gearbeitet und Sie haben mich und ich habe Sie kennen und würdigen gelernt. Es ist aber ein anderes, als Reformminister zu arbeiten und ein anderes, an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen. Ich möchte Ihnen darlegen, wie ich die

Aufgaben meines Amtes

auffasse. Unser aller Gedanken werden in dieser Stunde beherrscht von den großen Weltereignissen, die sich eben abspielen. Im Osten dümmert der Friede, unsere Feinde im Westen aber wollen von Frieden noch nichts wissen und wir müssen die Entscheidung dort noch mit dem Schwert herbeizuführen suchen. Die militärische Lage ist noch nie so gut gewesen wie jetzt und wir haben das volle Vertrauen, daß das Jahr 1918 unsere gerechte Sache zu einem guten Ende bringt.

In meiner Eigenschaft als Staatsminister werde ich immer darauf zu achten haben, daß unsere berechtigten Eigenart und die im Rahmen der Reichsverfassung bestehende Selbständerung voll berücksichtigt wird und daß der

bundesstaatliche Charakter

des Reiches erhalten bleibt. (Bravo.) Der Wechsel im Staatsministerium ist

kein Wechsel des Systems.

Es ist etwas anderes, ob die Regierung einem ordentlichen oder einem außerordentlichen Landtag gegenübersteht. Seit den Verhandlungen im Frühjahr und Sommer 1917 sind wir dem Ausgang des Weltkrieges und dem Frieden wesentlich näher gekommen. Jetzt ist es Zeit, diese Aufgaben ins Auge zu fassen und zu erörtern, die schon auf dem außerordentlichen Landtag 1917 angeregt worden sind. Dagegen ist es nicht möglich auf diesem Landtag bereits an die

Lösung der Aufgaben weiterer gesetzgebender Art

heranzutreten, als die bereits in der Eröffnungsansprache zu diesem Landtag angekündigt worden sind. Allein schon technische Hindernisse machen das unmöglich. Das Beamtenpersonal ist schon jetzt bis zur Grenze seiner Kraft in Anspruch genommen. Die Regierung ist auch der Ansicht, daß ein Landtag, der im Frieden gewählt und nicht erneuert worden ist, zu grundlegenden Veränderungen nicht berufen ist, zumal ein großer Teil seiner Wähler im Felde steht.

Im übrigen darf ich anknüpfen an die Ansprache, mit welcher ich im Auftrag des Großherzogs das hohe Haus eröffnet habe. Es ist dort gesagt worden, daß an der Schwelle einer neuen Zeit ein dem Geist dieser Zeit entsprechender Fortschritt unserer Entwicklung unter Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Staatswesens einzugehen haben. Wir leben in einem

monarchischen Staate

und haben nach den Erfahrungen dieses Krieges allen Anlaß in ihm eine ständige Einrichtung zu sehen, die wir preisen dürfen. (Bravo.) Die Träger der badischen Krone haben stets ihr Amt mit höchster Pflichttreue geübt. Ich kann nicht finden, daß wir irgend welchen Anlaß hätten, zum System des Parlamentarismus überzugehen, dagegen wird es mein Bestreben sein in stetiger Fühlung mit der Volksvertretung zu bleiben. Ich habe jederzeit auf ein vertrauensvolles Verhältnis zur Volksvertretung den größten Wert gesetzt. Eine persönliche Fühlungnahme mit den Herren Abgeordneten und mir wird von mir jederzeit begrüßt. Deshalb stimme ich auch dem vorliegenden Antrag auf Erweiterung des Landständischen Ausschusses zu.

Was die weiteren Aufgaben anbelangt, so ergibt sich aus dem Bedürfnis der Geschlossenheit und Einheit das übereinstimmende Verlangen zur Gesetzgebung und Verwaltung die weitesten Volksteile in höherem Maße als das bisher geschehen ist, beizuziehen. Deshalb siehe ich auf dem Standpunkt eines

weiteren Ausbaues der Ersten Kammer

zu einer ständigen Vertretung, die weitere bürgerliche Mitglieder, auch Arbeitervertreter umfassen soll. An der Institution der Ersten Kammer selbst will die Regierung nichts geändert wissen. Für

die Zweite Kammer

wird vielfach eine Verringerung des Wahlrechts gewünscht. Die Regierung hat bisher ihre Bedenken gegen eine allgemeine Einführung der Verhältniswahl nicht zurückstellen vermocht. Sie ist nach wie vor aber bereit, dieses Wahlsystem in den großen städtischen Wahlkreisen einzuführen und da es sich hier nicht um eine grundlegende Veränderung handelt, bereits schon diesem Landtag einen entsprechen-

den Gesetzentwurf zugehen zu lassen. Weiter ist die Regierung der Ansicht, daß im Wahlverfahren zur

Kreisverfassung

eine Veränderung wird eintreten müssen. Ob an der Ernennung der Bezirksräte festzuhalten sein wird, hängt von der Gestaltung der Kreisverfassung durch das neue Gesetz ab. Auch die Reformbedürftigkeit der

Städteordnung

wird von der Regierung anerkannt. Durch den Entwurf des Mannheimer Oberbürgermeisters ist die Grundlage zu einer Erörterung gegeben. Ich kann mich heute schon dahin aussprechen, daß die Regierung den Städten gegenüber an der Klassenwahl nicht unbedingt festhält. Dagegen hat sie nach wie vor ihre Bedenken gegen das Frauenstimmrecht. Die Finanzen der Gemeinden werden ebenfalls auf eine geänderte Grundlage zu stellen sein. Das Gemeindefürsorgegesetz steht vor seiner Aenderung.

Auf die

weiteren Aufgaben

meines engeren Geschäftsbereichs glaube ich nicht näher eingehen zu sollen. Vor allem gilt unsere Arbeit dabei der Fürsorge für den Mittelstand, für die Kriegsbeschädigten, für das Wohnungswesen. Weiter kommen dazu die Errichtung von Arbeiterheimstätten, der Ausbau der Sozialhygiene, die Erschließung unserer Großwasserwerke und die Schiffarmachung des Oberrheins, die Verteilung der elektrischen Kraft auf das Land nach wirtschaftlichen Grundrissen und endlich die Mitarbeit an der sittlichen Wiedererweckung unseres Volkes. (Zustimmung.)

Ich gehe vollständig einig mit dem Gedanken, die der Herr Finanzminister in seinem Vortrag bei Vorlegung des

Staatsvoranschlags

gegeben hat. Ich begrüße in diesem Vortrag die Darlegung, daß wir auch im neuen Wirtschaftsjahr mit geordneten Finanzen beginnen. Ich danke Ihnen, daß Sie bereitwillig die neuen Einkommensteuervorschläge zugestimmt haben. Ich freue mich über die Errichtung einer Paralehenkasse für die Beamten und Arbeiter, die in dieser schweren Zeit ihre Schuldigkeit freudig getan haben. Sie sind voll berechtigt, eine ausgiebige Fürsorge zu erwarten. Unterstützen möchte ich auch den Wunsch des Finanzministers nach einer klaren Abgrenzung der Steuerfreiheit des Reiches und derjenigen der Bundesstaaten.

Auf dem Gebiet der

Kirche und Schule

stehe ich auf dem Standpunkt des Kultus- und Unterrichtsministers. Die Leistungen der Kirche waren und sind in diesem Kriege von solcher Bedeutung für das Gelingen des schwereren Werkes, daß ein vertrauensvolles Verhältnis des Staates zu ihnen ein Gebot der Dankbarkeit und politischer Klugheit ist. An dem sittlichen Wiederaufbau hat die Seelsorge mit an erster Stelle mitzuarbeiten. Die Schule bedarf des fortschreitenden Ausbaus. Das was eine unserer sorgfältigsten Aufgaben sein, um das heranwachsende Geschlecht zu befähigen und tüchtigen Bürgern zu erziehen zu können, wie es in den Ausführungen der Prinz-Max-Vereine gesagt wurde.

Wenn ich der Rechtsfragen gedenke, so kann ich nur versichern, daß ich die Bestrebungen des Herrn Justizministers, die

badische Rechtspflege

auf ihrer bisherigen anerkannten Höhe zu erhalten unterstütze. Ebenso den beabsichtigten Ausbau des Grundbuchwesens.

So eröffnet sich ein reiches Feld der

Zusammenarbeit

für Regierung und Landstände. Ich hoffe, daß wir in gegenseitigem Vertrauen und in dem guten Willen uns zu verständigen, sachliche Arbeit für unser geliebtes Baden vollbringen werden. Die Tatsache, daß wir diese Arbeit ernsthaft ins Auge fassen, zeigt die Zuversicht, mit der wir den Ereignissen entgegensehen. Wir sind gewiß, das Vaterland wird sich zu neuer Blüte entwickeln! (Zustimmung und Bravo auf allen Seiten des Hauses.)

Es folgt die

Beantwortung kurzer Anfragen.

Herrn R. v. B. und Gen. fragen: „Mit der Gr. Regierung der trotz erfolgter Einschränkung der Abgabemengen andauernde Mangel an Salz in einzelnen Gegenden des Landes bekannt und was gedenkt sie zu tun, um so rasch wie möglich durch eine gleichmäßige und bessere Verteilung der Salze für Abhilfe zu sorgen?“

Minister Dr. Rheinboldt erwidert, daß die Salinen ihre Salzproduktion nicht eingeschränkt haben. Schuld an der Salzknappheit sind vielmehr die Unglücksfälle des Rüblikums.

Auf eine Anfrage des Hrn. v. W. v. Bodman, daß eine Erweiterung der Ausschreibung der über 45 Jahre alten Landturnjahrbücher von der Front, die mehr als sechs Monate dort gewesen waren, beabsichtigt sei.

Die allgemeine politische Ausdrücke

eröffnet Herr Dr. Schofer (Mitgl.). Er widmet dem Staatsminister Dr. Frhr. v. Bodman herzlichste Worte des Gedankens und begrüßt die Ernennung des Ministers des Innern Dr. Frhr. v. Bodman zu seinem Nachfolger. Wir sind bereit, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Der Redner bezieht sich im folgenden mit

Steuerfragen.

Dieser Familien, die mehrere Söhne an die Front landten, haben mehr für das Vaterland getan, als diejenigen, die aus den großen Kriegsgewinnen größere Beträge zur Kriegsanleihe zeichneten. Unfaßlich ist es aber, daß man für die Kriegsteilnehmer die Sparmaßnahmen der kleinen Kriegerverbände revidierte. Der Politik des Finanzministers Dr. Rheinboldt können wir im allgemeinen zustimmen. Er tut gut daran, keine Oberbürgermeisterpostul zu treiben und in seltenen Jahren für die mageren Jahre zu sparen.

Auf die Fragen der

inneren Politik

übergehend, bestonte der Redner, wie notwendig es sei, die innere Einheit zu schaffen. Das parlamentarische System, wie es in Frankreich herrscht, wäre für uns ein Vorbild; wir würden uns dagegen mit allen Kräften wehren. Das Zusammenarbeiten auf gegenseitigem Vertrauen zwischen Regierung und Parlament, Gemeinde und Kreis, muß in die Friedenszeiten hinübergerichtet werden. Das militärische Wesen in Deutschland trägt manche Fehler; vor allem bedauern wir die Soldatenmischverbindungen. Wir wünschen unendliche Werte unseres Volkes. Glücklicherweise handelt es sich um Einzelfälle und diesen muß man manches Mal mit Misstrauen begegnen. Wo es sich aber um Massen handelt, sollte man vorsichtiger sein.

Der Bauernstand bildet ein wichtiges Glied in unserem Wirtschaften. Die Landbevölkerung sollte aus den heutigen Zuständen eintreten, wie viel sie besitzt; hoffentlich ist das dazu bei die Landflucht einzudämmen. Unsere besondere Fürsorge ist der

Mittelstand, Gewerbe und Handwerk

wert. Alles muß gesehen um diesem Stand zu helfen; in erster Linie muß aber hier die Selbsthilfe stehen. Dem Mittelstand sei die Fühler, wie sie Arbeiter- und Bauernstand besitzen. Es darf aber auch nicht mehr vorkommen, daß ein 40jähriger Arbeiter von Tür zu Tür wandert und nirgends Arbeit erhalten kann, weil er zu alt sei! Und dann muß er sehen, daß er für den Seeresdienst noch jung genug ist, um im Schiffsgraben diejenigen zu schützen, die ihn abgewiesen haben. Die mancherlei Veränderungen die der Herr Staatsminister angekündigt hat, begrüßen wir.

Die Frauenfrage

ist so wichtig, daß wir ihr unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden müssen; es bestehen in unserer Partei große Bedenken, die Frauen noch

mehr als bisher in das politische Leben hineinzuziehen. Das Arbeitsfeld der Frau ist die Fürsorge, die Mutter, das. Sehr begrüßen wir, was der Herr Staatsminister über die

Zusammenarbeit von Regierung und Kirche

gesagt hat. Da müssen aber auch fallen 117 des Schlußgesetzes und die Fesseln, die heute noch dem Ordenswesen auferlegt sind. Auch in den Schulfragen sollte eine Verständigung zwischen Ministerium und Kirche erfolgen. Der Alerus beider Konfessionen hat ein volles Verständnis für die gegenwärtigen Fragen der Schule und der Seelsorge. Gegenwärtiges Vertrauen und Werkleben, dar-uf beruht das neue Deutschland, das Deutschland hoch in Ehren! (Beifall.)

Herr v. Bodman (Mitgl.) bezieht gleichfalls den Wechsel im Staatsministerium und begrüßt besonders den neuen Justizminister, dem man in Richterkreisen volles Vertrauen entgegen bringt. Der Redner wendet sich zunächst

Finanzfragen

zu. Dem vom Finanzminister gezeichneten Bild über die badische Finanzpolitik können wir zustimmen, besonders der entgeltlichen Abgrenzung der Reichs- und Landesfinanzen. Die Kriegsgewinne müssen auf das allerhöchste zur Steuer herangezogen werden. Der Staat sollte mehr als bisher selbst als Geldschaffer auftreten; die Eisenbahnen müssen dem Staat Geld liefern. Auch beim Wagniswerk wird es so kommen müssen. Der Wechsel in der obersten Leitung der bad. Staatseisenbahnen veranlaßt uns, dem scheidenden Generaldirektor Roth herzlich Dank zu sagen. Er hat mit dazu beigetragen, daß die Staatseisenbahnen in diesem Kriege so bedeutendes leisten konnten. Seinem Nachfolger, Staatsrat Schulz, bringen wir Vertrauen entgegen. An dem

fürderaktlichen Aufbau unseres Reiches

halten wir fest. Wir sind der Ansicht, daß unser Ministerium ausgebaut werden muß und fordern deshalb, die Schaffung eines

Verkehrsministeriums.

Das Gewerbe und die Gewerbeüberwachung sollte dem Ministerium des Innern befallen werden. Das neue Ministerium würde u. a. den weiteren Ausbau unserer Bodenfläche zu betreiben haben. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, die anderen Ministerien beizubehalten. Daß das Ministerium des Innern zu groß ist, ist bekannt. Nur durch die ungewöhnliche Arbeitskraft ist es dem jetzigen Minister des Innern möglich seine Arbeit zu erledigen.

Die feinerzeit auf das

Unterrichtsministerium

von den Lehrern gestellten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, das hängt nicht an Personalfragen, sondern weit viel zu viel Kleinschere geleistet werden muß. Die Initiative auf dem Gebiet der Schule ist in die Hände der Städte übergegangen. Die Unterrichtsfragen sollten im Unterrichtsministerium im Vordergrund stehen.

Ich freue mich, daß die Anregungen, die zu Beginn dieses Landtags ausgesprochen worden sind, bei der Regierung ein so williges Ohr gefunden haben. Nur in einer Frage steht die Regierung noch immer auf einem ablehnenden Standpunkt und zwar in der Frage zur

Verhältnismäßig

Und doch hat der Gedanke der Verhältnismäßig recht wesentliche Fortschritte gemacht, sodaß sogar für die Reichstagswahlen die Frage ernsthaft in Erwägung gezogen worden ist. Was nun

die kirchlich-politischen Gesetzesänderungen

anbelangt, so werden wir uns diesen gegenüber auf dem Standpunkt stellen, daß unserem Volke mehr als je die Geschlossenheit, der innere Friede und das Zusammenhalten aller Stände, Schichten und Konfessionen Not tut. Nur in der Zusammenfassung aller Kräfte ist die Möglichkeit zu sehen, daß das deutsche Volk sich aus der schweren Zeit wieder in die Höhe erhebt. Daher werden wir an die Vorschläge herantreten im vollen Bewußtsein, daß die geschichtliche Entwicklung unseres Volkes und die liberale Entwicklung des Staatsgedankens in Rücksicht gezogen werden müssen, und ferner, daß sich der Gedanke der Abgrenzung der Machtbereiche zwischen Staat und Kirche bisher im ganzen bewährt hat.

Dem Mittelstand

müssen wir unsere ganze Sorge zukommen lassen, und die Beamten so stellen, daß sie durchhalten können; denn sie sind das Rückgrat des Staates und ihre Arbeit verdient unsere volle Anerkennung. Ob es notwendig war, dem

Großblock

zu kündigen, darüber gehen auch in der Sozialdemokratie die Ansichten auseinander. Der Großblock war ein Versuch, weite Kreise des Volkes, die ohnehin standen, zur politischen Mitarbeit heranzuziehen, und dieser Versuch ist gelungen. Der, der den Großblock gesprengt hat, heißt Adolf Gölz (Widerpruch bei den Sozialdemokraten).

Große Aufgaben

sehen uns bevor: gegen die Verrohung der Jugend, gegen den Kriegswucher, gegen die Mißachtung der Staatsautorität zu kämpfen. Auf den Säulen der deutschen Monarchie der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts ist das deutsche Staatsgebäude aufgebaut, umschlungen von der deutschen Arbeiterjugendgesetzgebung. Daran brauchen wir nichts zu ändern.

Wenn wir heute von einem

dauerhaften Frieden

sprechen, so dürfen wir nicht vergessen, daß der Haß unserer Feinde im Kriege noch gewachsen ist. Eine der Hauptaufgaben besteht dem deutschen Volk Arbeit zu schaffen. Das ist aber nur möglich, durch einen starken Frieden, den nur ein starker Mann uns schaffen kann. Wollen wir nicht verdorren, dann brauchen wir Lebensraum. Das ist das Naturrecht eines gesunden Volkes. Und aus diesem Naturrecht müssen wir nehmen, was uns zukommt. Der Friede wird in keinen Händen besser aufgehoben sein, als in den deutschen. (Lebhafte Bravo!)

Am 12 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Vermishtes.

L.A. Neustadt, 9. Jan. Bisher wurden bei dem Eisenbahnunglück zwischen Homburg und Kaiserslautern 30 Tote und 100 Verletzte festgestellt. Die Strecke wurde gesperrt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Der Schaden ist bedeutend. (Wspst.)

o Bern, 9. Jan. (Priv.-Tel.) Das „Intelligenzblatt“ meldet aus New York: Die Kälte hat sich etwas abgeschwächt. Die Kohlennot wurde durch energische Maßnahmen, die Max Adoo ergriff, etwas erleichtert. Max Adoo schaffte den Passagierverkehr zwischen New York und New Jersey fast vollständig ab. (g. K.)

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).

8. Jan. 2½ nachm. 0,1 Grad; 9¼ abds. -2,9 Grad; 9. Jan. 7¼ vorm. -6,7 Grad.

Höchste am 8. Jan. 0,2 Grad; tiefste in der folgenden Nacht -6,9 Grad.

Niederschlag, gemessen am 9. Jan. 7¼ vorm. 1,8 mm. Schr.ehöhe, gemessen am Morgen des 9. Jan. 14 mm.

Wetterbericht des Zentralbur. f. Meteorologie u. Hydrographie. Voraussichtliche Witterung am 10. Januar: meist heiter, strenger Frost.

